



EHMANN

Obdachlosigkeit in Kommunen

Ratgeber mit Mustern, Beispielen
und Rechtsprechungshinweisen

4. Auflage

Obdachlosigkeit in Kommunen

Ratgeber mit Mustern, Beispielen
und Rechtsprechungshinweisen

Dr. Eugen Ehmann
Regierungspräsident von Unterfranken

Herausgegeben von der
Bayerischen Verwaltungsschule

4., überarbeitete Auflage, 2020

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek |
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im
Internet über www.dnb.de abrufbar.

4. Auflage 2020

ISBN 978-3-415-06765-3

E-ISBN 978-3-415-06766-0

E-Book-Umsetzung: Datagroup int. SRL, Timisoara

© 1997 Richard Boorberg Verlag

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede
Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist,
bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Dies gilt insbesondere für
Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und
die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Titelfoto: © smolaw11 – stock.adobe.com |

Satz: abavo GmbH, Nebelhornstraße 8, 86807 Buchloe |

Druck und Bindung: Laupp & Göbel GmbH, Robert-Bosch-Straße 42,
72810 Gomaringen

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG | Scharrstraße 2 | 70563 Stuttgart
Stuttgart | München | Hannover | Berlin | Weimar | Dresden

www.boorberg.de

Vorwort zur 4. Auflage

Schon über 20 Jahre, seit der ersten Auflage im Jahr 1997, verfolgt dieser Leitfaden zur Obdachlosigkeit unverändert dieselbe Zielsetzung: Geschäftsleiter in Kommunen, Mitarbeiter in Ordnungsämtern und Sozialarbeiter sollen sich in knapper, praxisbezogener Form zuverlässig über die wesentlichen Rechtsfragen zur Obdachlosigkeit informieren können. Musterbescheide, Ablaufpläne und Handlungsanleitungen bieten ihnen dabei Hilfestellungen für das konkrete Vorgehen.

Die dritte Auflage 2019 war bereits nach einem guten halben Jahr vergriffen. Das spricht dafür, dass der Leitfaden seine Zielsetzung tatsächlich erreicht. In der Neuauflage sind die Nachweise zur Rechtsprechung aktualisiert und weiter ausgebaut. Dabei sind besonders viele Entscheidungen bayerischer Verwaltungsgerichte (vor allem des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs) berücksichtigt. Das hat nichts damit zu tun, dass der Verfasser in der bayerischen Staatsverwaltung tätig ist. Vielmehr ist das Problem der Obdachlosigkeit besonders im Großraum München so drängend, dass es in Bayern deutlich mehr gerichtliche Streitigkeiten zu dieser Thematik gibt als anderswo. Dies mindert natürlich in keiner Weise den Wert teils zentral bedeutsamer Gerichtsentscheidungen aus anderen Bundesländern.

Die meisten Leserinnen und Leser müssen konkret auftretende Fälle lösen. Dabei werden sie die teilweise ausführlichen Fußnoten nur selten heranziehen. Die Fußnoten (besonders die Rechtsprechungsnachweise) bieten jedoch eine unentbehrliche Hilfestellung, wenn es zu rechtlichen Auseinandersetzungen kommt.

Die Erfahrung zeigt, dass der Leitfaden auch gerne genutzt wird, um Bachelor- oder Masterarbeiten zum Thema Obdachlosigkeit vorzubereiten. Hierbei sind die Hinweise auf Dissertationen nützlich, die Grundsatzfragen behandeln. Für den Verwaltungsalltag werden sie natürlich nicht benötigt.

Frau Christine Class betreut das Werk im Richard Boorberg Verlag bereits seit der ersten Auflage mit größter Sorgfalt. Dafür sei ihr besonders gedankt.

Wer mit Rechtsfragen der Obdachlosigkeit in der Praxis zu tun hat, sollte dabei eines nie vergessen: Personen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, befinden sich stets in einer schwierigen Situation. Umso stärker ist ihr Gespür dafür entwickelt, ob sie als Mensch respektiert und rechtlich korrekt behandelt werden. Das Bemühen um ein rechtlich korrektes Vorgehen hat hier deshalb eine besondere Bedeutung. Wenn der Leitfaden dazu einen Beitrag leisten kann, wäre sein Zweck erreicht.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	11	
Literaturverzeichnis	15	
1	Erstmaliger Kontakt mit Obdachlosen	21
1.1	Ausgangslage	21
1.2	Inhalt des Erstgesprächs	22
1.3	Weiteres Vorgehen	22
2	Obdachlosigkeit und verwandte Begriffe	25
2.1	Notwendige Unterscheidungen	25
2.2	Nichtsesshafte	25
2.3	Wohnungslose	27
2.4	Obdachlose	27
2.5	Mittellose Personen	28
2.6	Wohnungsnotfälle	29
2.7	Zahl der Betroffenen	30
3	Gemeinde als zuständige Stelle für Obdachlose	33
3.1	Sachliche Zuständigkeit	33
3.1.1	Fehlen spezialgesetzlicher Regelungen	33
3.1.2	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	34
3.1.2.1	Vorliegen einer Gefahr	34
3.1.2.2	Verpflichtung zur Beseitigung	36
3.1.3	Abgrenzung zu den Aufgaben der Sozialhilfeträger nach dem Sozialhilferecht	37
3.1.3.1	Anspruch auf eine Wohnung	37
3.1.3.2	Anspruch auf Einrichtungsgegenstände und Heizmaterial	39
3.1.4	Zuständigkeit bei Ausländern	39
3.1.4.1	Grundregel	39
3.1.4.2	Besonderheiten bei Asylbewerbern	41
3.1.4.3	Unterbringung während eines laufenden Asylverfahrens	41
3.1.4.4	Unterbringung nach bestandskräftigem Abschluss eines Asylverfahrens	42
3.1.5	Nicht unterbringungsfähige Obdachlose	44

3.2	Örtliche Zuständigkeit	49
3.2.1	Grundregel	49
3.2.2	Beispielfälle	51
3.3	Bildung von Fachstellen	54
4	Vorrang der Selbsthilfe	57
4.1	Rechtlicher Hintergrund	57
4.2	Zahlungsfähige Obdachlose	58
4.2.1	Vorhandensein eigener Mittel	58
4.2.2	Möglichkeit des Bezugs von Sozialhilfe nach SGB XII ..	59
4.2.3	Möglichkeit des Bezugs von Leistungen der Grundsicherung nach SGB II („Hartz IV“)	60
4.3	Private Unterhaltsansprüche vor allem bei jungen Erwachsenen	61
5	Maßnahmen bei drohender Zwangsräumung	63
5.1	Situation der Betroffenen	63
5.2	Typische Verfahrensabläufe bis zur Zwangsräumung	64
5.3	Pflege des Kontakts mit den Beteiligten	71
5.3.1	Ausgangslage	71
5.3.2	Kontakt zum Sozialamt/Jobcenter und zum Betroffenen	72
5.3.3	Kontakt zum Vermieter	73
5.3.4	Kontakt zum Gericht	74
5.3.5	Kontakt zum Gerichtsvollzieher	74
5.3.6	Weiteres Vorgehen der Gemeinde	76
5.4	Verpflichtung zur „Räumung von Tieren“	76
6	Einweisung in die bisherige Mietwohnung („Wiedereinweisung“)	79
6.1	Vorüberlegungen der Gemeinde	79
6.2	Rechtliche Grundkonstruktion	81
6.3	Erlass eines Beschlagnahmebescheids	82
6.3.1	Ausgangssituation	82
6.3.2	Kritische Punkte eines Beschlagnahmebescheids	83
6.3.2.1	Adressat	83
6.3.2.2	Tenor	83
6.3.2.3	Begründung	85
6.3.2.4	Rechtsbehelfsbelehrung	93
6.3.3	Beispiel eines Beschlagnahmebescheids	94
6.4	Erlass eines Einweisungsbescheids	97
6.5	Nutzungsentschädigung	97

6.5.1	Entschädigung für die Beschlagnahmezeit.	97
6.5.1.1	Rechtliche Grundlagen	97
6.5.1.2	„Kaltmiete“	98
6.5.1.3	Nebenkosten	99
6.5.2	Entschädigung für Zeiten nach Beendigung der Beschlagnahme	100
6.6	Verpflichtung der Gemeinde zur Räumung	100
6.7	Haftung der Gemeinde für Beschädigungen durch Obdachlose	102
6.7.1	Rechtliche Grundlagen	102
6.7.2	Beweisfragen	104
6.8	Wirtschaftliches Gesamtrisiko einer Wiedereinweisung.	105
7	Einweisung in eine Unterkunft der Gemeinde	107
7.1	Vor- und Nachteile gegenüber einer Wiedereinweisung.	107
7.2	Rechtliche Grundkonstruktionen.	108
7.2.1	Gemeinde als Eigentümerin der Unterkunft.	108
7.2.2	Gemeinde als Mieterin der Unterkunft.	109
7.3	Einweisungsverfügung oder Mietvertrag?	109
7.4	Einweisungsbescheid	111
7.4.1	Taktische Überlegungen	111
7.4.1.1	Anfechtungsrisiko	111
7.4.1.2	Anhörung der Betroffenen	111
7.4.2	Formularbescheid für „problemlose Fälle“	112
7.4.3	Ergänzungen bei „Problemfällen“	115
7.5	Umsetzung in eine andere Unterkunft.	115
7.5.1	Anfechtungsrisiko	115
7.5.2	Rechtliche Grundkonstruktion	116
7.5.3	Typische Fehler eines Umsetzungsbescheids	116
7.6	Festsetzung einer Nutzungsgebühr	119
7.6.1	Festsetzung auf der Basis einer Gebührensatzung.	119
7.6.2	Keine Festsetzung auf der Basis anderer Rechtsgrundlagen	122
7.6.3	Verbleibende Handlungsspielräume für die Gemeinde.	124
7.7	Regelungen für die Benutzung einer gemeindlichen Unterkunft.	125
7.8	Räumung einer verlassenen gemeindlichen Unterkunft.	128
7.8.1	Praktische Erfahrungen	128
7.8.2	Regelung im Rahmen einer Benutzungssatzung	128
7.8.3	Vorgehen ohne Satzung.	131

8	Mindestbeschaffenheit einer Unterkunft	133	
8.1	Unterschied zwischen Obdach und Wohnung	133	
8.2	Leitlinien für das gemeindliche Handeln	134	
8.3	Sammelunterkunft oder Einzelobdach	135	
8.4	Größe der Unterkunft	136	
8.5	Bauzustand und Installationen	139	
8.6	Stromversorgung	141	
8.7	Ausstattung mit Mobiliar	142	
8.8	Telefonanschluss	143	
8.9	Gesundheitliche Eignung der Unterkunft	143	
8.10	Fragen rund um die Tierhaltung	146	
9	Unterbringungskosten, Abtretung von Ansprüchen	147	
9.1	Überblick	147	
9.2	Abtretung von Sozialleistungen durch Obdachlose	149	
9.2.1	Allgemeines	149	
9.2.2	Abtretung bis zur Pfändungsfreigrenze	150	
9.2.3	Abtretung über die Pfändungsfreigrenze hinaus	150	
9.2.4	Muster einer Abtretungserklärung	151	
9.3	Abtretung von Lohn- und Gehaltsforderungen	152	
Anhang 1			
Amtliche bayerische Empfehlungen für das Obdachlosenwesen			155
1.	Einführende Hinweise	155	
2.	Text der Empfehlungen	156	
3.	Erläuterungen zu den Empfehlungen	170	
Anhang 2			
Amtliche sächsische Empfehlungen zur Unterstützung von wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen ...			177
1.	Einführende Hinweise	177	
2.	Text der Empfehlungen	177	
3.	Erläuterungen zu den Empfehlungen	186	
Stichwortverzeichnis			189

Abkürzungsverzeichnis

a. F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
AGSG	Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze (Bayern)
AGVwGO	Ausführungsgesetz zur Verwaltungsgerichtsordnung (jeweils mit Länderzusatz)
AllMBl.	Allgemeines Ministerialblatt (Bayern; seit 1.1.2019 abgelöst durch das BayMBl.)
apf	Ausbildung – Prüfung – Fachpraxis (Zeitschrift)
ASOG	Allgemeines Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Berlin)
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AsylG	Asylgesetz
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
AuslG	Ausländergesetz
Az	Aktenzeichen
BayMBl.	Bayerisches Ministerialblatt (seit 1.1.2019)
BayPsychKHG	Bayerisches Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz
BayRS	Bayerische Rechtssammlung
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl. I	Bundesgesetzblatt Teil I
BGH	Bundesgerichtshof
BSG	Bundessozialgericht
BSHG	Bundessozialhilfegesetz (aufgehoben) ¹
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BV	Bayerische Verfassung
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieherzeitung (Zeitschrift)
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)

¹ Durch Art. 68 des Gesetzes vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3022).

Erl.	Erläuterung
ErgGVGA	Ergänzungsvorschriften zur Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher (Bayern)
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FEVS	Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte (Zeitschrift)
FGG	Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit (seit 1.9.2009 ersetzt durch das FamFG)
FN	Fußnote
FSt	Die Fundstelle Bayern (Fachzeitschrift für die kommunale Praxis)
GG	Grundgesetz
GKG	Gerichtskostengesetz
GVBl.	(Bayerisches) Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVGA	Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher
IfSG	Infektionsschutzgesetz
InsO	Insolvenzordnung
i. V. m.	in Verbindung mit
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
KAG	Kommunalabgabengesetz
KommPrax	Kommunalpraxis Bayern (Zeitschrift)
LG	Landgericht
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Zeitschrift)
LSG	Landessozialgericht
LStVG	Landesstraft- und Verordnungsgesetz (Bayern)
LT-Drs.	Landtags-Drucksache
MABl.	Ministerialamtsblatt der bayerischen inneren Verwaltung (seit 1.1.1988 abgelöst durch das AllMBL.)
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift)
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge (Zeitschrift)
n. F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)

NRW	Nordrhein-Westfalen
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ aktuell	Aktuelle Beilage zur NVwZ
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenzrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Mietrecht
OBG	(Landes-)Ordnungsbehördengesetz (u. a. NRW, Thüringen)
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PAG	Polizeiaufgabengesetz (Bayern)
POG	Polizeiorganisationsgesetz (Bayern) bzw. Polizeiordnungsgesetz (u. a. NRW, Thüringen)
PolG	(Landes-)Polizeigesetz
RN	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
SG	Sozialgericht
SGB I	Sozialgesetzbuch Erstes Buch (Allgemeiner Teil)
SGB XII	Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (Sozialhilfe)
StGB	Strafgesetzbuch
UnterbrG	Unterbringungsgesetz (Bayern) (aufgehoben) ²
Urt.	Urteil
VBlBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg (Zeitschrift)
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VollzBekLStVG	Vollzugsbekanntmachung zum LStVG (Bayern)
VwRR BY	VerwaltungsRechtsReport Bayern (Zeitschrift)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WoAufG	Wohnungsaufsichtsgesetz Bayern (aufgehoben zum 31.12.2004)
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung

² Durch Art. 38 Abs. 2 Nr. 1 BayPsychKHG.

Landeszusätze bei Gesetzesbezeichnungen

BW	Baden-Württemberg
Bay	Bayern
Bbg	Brandenburg
Berl	Berlin
MV	Mecklenburg-Vorpommern
Nds	Niedersachsen
NW	Nordrhein-Westfalen
RP	Rheinland-Pfalz
Sa	Sachsen-Anhalt
Saarl	Saarland
Sächs	Sachsen
Saarl	Saarland
Sh	Schleswig-Holstein
Thür	Thüringen

Literaturverzeichnis

Amtliche Berichte und ergänzende Papiere

Baden-Württemberg

Wohnungslosigkeit in Baden-Württemberg. Untersuchung zu Umfang, Struktur und Hilfen für Menschen in Wohnungsnotlagen im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg. Bearbeitet von *Jürgen Evers* und *Ekke-Ulf Ruhstrat*, Bremen/Stuttgart, 2015

Bayern

Berichte der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern (seit 1999)

- Erster Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern, 1999
 - Zweiter Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern, 2009
 - Dritter Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern, 2012
 - Vierter Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern, 2017
- Allgemeine Informationsseite zu den Berichten: <https://www.stmas.bayern.de/soziale-lage/sozialbericht/index.php> (mit Verlinkung zu den einzelnen Berichten)

Datenreports: Soziale Lage in Bayern (2010–2014)

- Datenreport: Soziale Lage in Bayern 2010
- Datenreport: Soziale Lage in Bayern 2011
- Datenreport: Soziale Lage in Bayern 2013
- Datenreport: Soziale Lage in Bayern 2014

Die Datenreports ergänzten zeitweise die Berichte der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern. Inzwischen sind entsprechende Angaben in die Berichte der Staatsregierung zur sozialen Lage integriert. Der Datenreport für 2013 ist abrufbar unter https://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_inet/soziale-lage/3.9.1.2_datenreport_soziale_lage_2013.pdf. Der Datenreport für 2014 ist verfügbar unter https://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_inet/soziale-lage/3.9.1.2_datenreport_soziale_lage_2014.pdf. Die beiden Datenreports 2010 und 2011 sind nicht mehr im Netz verfügbar und nur noch über wissenschaftliche Bibliotheken erhältlich.

Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern, Umfang und Struktur alleinstehender Wohnungsloser in Bayern. Ergebnisse der Stichtagserhebung vom 17.11.2003, abrufbar unter <http://wohnungsloshilfe.com/downloads/stichtagserhebung2003.pdf>.

Ratgeberfunktion hat die Seite www.wohnungslosenhilfe-bayern.de.

Nordrhein-Westfalen

Dr. Volker Busch-Geertsema/Jürgen Evers/Dr. Ekke-Ulf Ruhstrat/Gesellschaft für innovative Sozialforschung (GISS) und Sozialplanung e.V., Prävention von Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen, Bremen, 2014 (erstellt Im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen), bei Eingabe des Titels in Google direkt abrufbar!

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Handreichung Wohnungsnotfallhilfen im SGB II, Stand: Februar 2019, abrufbar unter <https://www.sgb2.info/SharedDocs/Downloads/DE/Service/Studien-Publikationen/mags-handreichung-wohnungsnotfallhilfen.html>

Berichte nicht-staatlicher Organisationen (teils mit staatlichen Mitteln gefördert)

Evangelischer Bundesfachverband Existenzsicherung und Teilhabe (EBET) e.V./Alice Salomon Hochschule (ASH) Berlin, Erste systematische Untersuchung der Lebenslagen wohnungsloser Menschen, Berlin, 2018, abrufbar unter <https://www.ebet-ev.de/nachrichten-leser/erste-systematische-untersuchung-der-lebenslagen-wohnungsloser-menschen.html>

Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V. (GISS), Entstehung, Verlauf und Struktur von Wohnungslosigkeit und Strategien zu ihrer Vermeidung und Behebung, Ergebnisbericht, Bremen 2019 (erstellt mit Förderung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales; erschienen als Forschungsbericht 534 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales), abrufbar unter <https://www.giss-ev.de/files/giss/upload/Dokumente%20BMAS/fb534-entstehung-verlauf-struktur-von-wohnungslosigkeit-und-strategien-zu-vermeidung-und-behebung.pdf>

Bund

Bericht der Bundesregierung über Maßnahmen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit, Bundestags-Drucksache 13/5226 vom 4.7.1996

Lebenslagen in Deutschland/Armut- und Reichtumsberichte der Bundesregierung

- Lebenslagen in Deutschland. Erster Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache 14/5990 vom 8.5.2001
- Lebenslagen in Deutschland. Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache 15/5015 vom 3.3.2005

- Lebenslagen in Deutschland. Dritter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache 16/9915 vom 30.6.2008
 - Lebenslagen in Deutschland. Vierter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache 17/12650 vom 6.3.2013
 - Lebenslagen in Deutschland. Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache 18/11980 vom 13.4.2017
- Allgemeine Informationsseite zu den Berichten siehe <http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Startseite/start.html>.

Bücher

Ayaß, Wolfgang, „Asoziale“ im Nationalsozialismus, Stuttgart, 1995

Becker, Ulrich/Heckmann, Dirk/Kempen, Bernhard/Manssen, Gerrit, Öffentliches Recht in Bayern. Verfassungsrecht, Kommunalrecht, Polizei- und Sicherheitsrecht, Öffentliches Baurecht, 7. Aufl., München, 2017

Fasselt, Ursula/Schellhorn, Helmut (Hrsg.), Handbuch Sozialrechtsberatung. HSRB, 5. Aufl., Baden-Baden, 2017

Dierck, Ralf/Morvilius, Theodor/Vollkommer, Gregor, Handbuch Zwangsvollstreckungsrecht, 2. Aufl., München, 2016

Hammel, Manfred, Anspruch von Obdachlosen auf Erhaltung und Beschaffung von Wohnraum, Bielefeld, 1995 (Reihe Materialien zu Wohnungslösenhilfe, Heft 27)

Hippler, Robert, Besondere Verfahren des Gerichtsvollziehers (Stand: Juli 2003), Bayerische Justizschule Pegnitz, Lehrmaterial für die gemeinsame Ausbildung der Gerichtsvollzieherbewerber in den Ländern Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (vergriffen; zitiert als: *Hippler*, Lehrmaterial)

Hippler, Robert/Merke, Daniela, Herausgabevollstreckung und Vollstreckung anderer Ansprüche nach dem 3. Abschnitt des 8. Buches der ZPO, 2. Aufl., Pegnitz, 2018

Hübsch, Michael/Walzel, Georg, Bayerisches Psychisch-Kranken-Hilfegesetz (BayPsychKHG). Einführung mit Erläuterungen, 2019

Huttner, Georg, Die Unterbringung Obdachloser durch die Polizei- und Ordnungsbehörden, 2. Aufl., Wiesbaden, 2017

Linhart, Helmut, Schreiben, Bescheide und Vorschriften in der Verwaltung. Handbuch für die Verwaltungspraxis (Loseblatt, Stand: 49. Aktualisierung, Oktober 2019)

Lisken, Hans/Denninger, Erhard, Handbuch des Polizeirechts. Gefahrenabwehr, Strafverfolgung, Rechtsschutz, 6. Aufl., München, 2018

Lutz, Ronald/Sartorius, Wolfgang/Simon, Titus, Lehrbuch der Wohnungslosenhilfe. Eine Einführung in Praxis, Positionen und Perspektiven, 3. Aufl., 2017

Ruder, Karl-Heinz, Grundsätze der polizei- und ordnungsrechtlichen Unterbringung von (unfreiwillig) obdachlosen Menschen unter besonderer Berücksichtigung obdachloser Unionsbürger. Rechtsgutachten aus Anlass der Bundestagung der BAG Wohnungslosenhilfe e. V. in Berlin vom 9. – 11. November 2015, Berlin 2015 (Heft 64 – Reihe Materialien zur Wohnungslosenhilfe)

Ruder, Karl-Heinz/Bätge, Frank, Obdachlosigkeit. Sozial- und ordnungsrechtliche Maßnahmen zu ihrer Vermeidung und Beseitigung, 2. Aufl., 2018

Dissertationen

Eichert, Christof, Obdachlosigkeit und polizeirechtliche Intervention, Konstanz, 1986

Hecker, Hans Rudolf, Rechtsgrundlagen zur Obdachlosenunterbringung in Bayern, Würzburg, 1969

Peppersack, Thomas, Rechtsprobleme der Unterbringung Obdachloser in Räumlichkeiten Privater, Frankfurt/M., 1999

Reitzig, Katja, Die polizeirechtliche Beschlagnahme von Wohnraum zur Unterbringung Obdachloser, Berlin, 2004

Reuß, Ernst, Berliner Justizgeschichte. Eine rechtstatsächliche Untersuchung zum strafrechtlichen Justizalltag in Berlin von 1945–1952, dargestellt anhand der Strafgerichtsbarkeit des Amtsgerichts Berlin-Mitte, Berlin, 2000

Wieser, Susanne, Die polizeiliche Wiedereinweisung des Räumungsschuldners: Zulässigkeit und Auswirkungen auf die Rechtsstellung der Beteiligten, Frankfurt/M., 1999

Einzelbeiträge

Ayaß, Wolfgang, „Vagabunden, Wanderer, Obdachlose und Nichtsesshafte“: eine kleine Begriffsgeschichte der Hilfe für Wohnungslose, Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 1/2013, 90–102

Cremer, Hans-Joachim, Ansprüche des Wohnungseigentümers gegen den Polizeiträger auf Ausgleich von Schäden infolge einer Obdachloseneinweisung, VBlBW 1996, 241–248

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Gutachten des Neuen Deutschen Vereins vom 12.3.1991 – G 8/91, NDV 1991, 203–207

- Diercks, Kerstin*, Soziale Grundrechte der neuen Landesverfassungen, LKV 1996, 231–236
- Ehmann, Eugen*, Verpflichtung der Gemeinden zur Beseitigung von Obdachlosigkeit, KommPrax 1995, 43–46
- Ehmann, Eugen*, Anforderungen an gemeindeeigene Obdachlosenunterkünfte, KommPrax 1995, 128–130
- Ehmann, Eugen*, Obdachlosigkeit von Ausländern, KommPrax 1995, 335–338
- Ewer, Wolfgang/v. Detten, Knut*, Ausgewählte Rechtsfragen bei der Beschlagnahme von Wohnraum zur Obdachloseneinweisung, NJW 1995, 353–359
- Gerull, Susanne*, Fünf Jahre reformierter § 15 a BSHG. Außer Spesen nichts gewesen?, 2001 (abrufbar unter www.susannegerull.de/pdfs/5_jahre_15a.pdf)
- Günther, Jörg-Michael/Traumann, Edzard*, Aktuelle Rechtsprobleme der Wohnraumbeschlagnahme zur Unterbringung Obdachloser, NVwZ 1993, 130–137
- Kaiser, Jan*, Räumung und Vollstreckungsschutz bei Suizidgefahr, NJW 2011, 2412–2414
- Kanther, Wilhelm*, Obdachlosenmiete?, NVwZ 2002, 829–831
- Kiebel, Hannes*, „nichtseßhaft“ – ein Begriff wird in Kürze 100 Jahre alt, Gefährdetenhilfe 1993, 24–26
- Linhart, Helmut/Gass, Georg*, Rechtsfragen bei der Unterbringung von Obdachlosen. Zur behördlichen Einweisung von Obdachlosen in kommunale Unterkünfte und in Privatwohnungen, apf 2008, 321–328
- Kingreen, Thorsten*, Migration und Sozialleistungen: Rechtliche Anmerkungen zu einem bayerischen Aufreger, BayVBl. 2014, 289–296
- Peppersack, Thomas*, Ist ein zivilrechtliches Räumungsurteil nach Wegfall der Voraussetzungen für eine öffentlich-rechtliche Wohnrauminanspruchnahme verbraucht bzw. unbrauchbar geworden?, ZMR 2005, 497–510
- Pichura, Wolfgang*, Vorhaben zur Schaffung eines Obdachlosenunterbringungsgesetzes in früheren Jahren, Überblick, KommPrax 1995, 173–175
- Ruder, Karl-Heinz*, Die polizei- und ordnungsrechtliche Unterbringung von Obdachlosen. Ein kritischer Beitrag zu einem antiquierten Rechtsgebiet, NVwZ 2001, 1223–1229
- Ruder, Karl-Heinz*, Die polizei- und ordnungsrechtliche Unterbringung von Obdachlosen, NJW 2012, 1283–1288

Ruder, Karl-Heinz, Die polizeirechtliche Unterbringung von Obdachlosen unter besonderer Berücksichtigung der Anschlussunterbringung von Flüchtlingen, VBlBW 2017, 1–10

Vallender, Heinz/Dahl, Michael, Das Mietverhältnis des Schuldners im Verbraucherinsolvenzverfahren, NZI 2000, 246–250

Volkmann, Uwe, Der praktische Fall – Öffentliches Recht: Die verzögerte Räumung, JuS 2001, 888–894

Walker, Wolf-Dietrich/Gruß, Miriam, Räumungsschutz bei Suizidgefahr und altersbedingter Gebrechlichkeit, NJW 1996, 352–356

Wallner, Benjamin, Obdachlosigkeit, KommPrax BY 2012, 336–339

Weyhe, Lothar, Altes und Neues zum Räumungsschutz nach § 765 a ZPO, NZM 2000, 1147–1152

Hinweise zur Beschaffung von nur gedruckt vorliegender Literatur

Zunächst ist der Gang zur nächsten öffentlichen Bibliothek zu empfehlen. Sie beschafft über die „Fernleihe“ meist auch Literatur, die dort selbst nicht vorhanden ist oder kennt eine andere Bibliothek, über die das möglich ist. Kosten fallen dabei gar nicht oder nur in geringem Umfang an. Alternativ kann man Bücher (per Post) und Kopien von Einzelbeiträgen (per Post oder per Mail) bei <https://www.subito-doc.de> bestellen. Dieser Service ist kostenpflichtig.

Hinweis zur Suche nach Gerichtsentscheidungen

Nahezu alle zitierten Gerichtsentscheidungen sind sofort zu finden, wenn man das Aktenzeichen bei einer gängigen Internet-Suchmaschine wie Google eingibt. Nur wenn das ausnahmsweise nicht der Fall ist, wird in der jeweiligen Fußnote noch eine Fundstelle in einer Fachzeitschrift angegeben.

1 Erstmaliger Kontakt mit Obdachlosen

1.1	Ausgangslage.....	21
1.2	Inhalt des Erstgesprächs.....	22
1.3	Weiteres Vorgehen.....	22

1.1 Ausgangslage

Obdachlosigkeit kommt der Verwaltung immer ungelegen. Das gilt vor allem in kleineren Gemeinden. Bei ihnen gibt es regelmäßig keine eigenen Fachleute für Fragen der Obdachlosigkeit, die sich routiniert zu helfen wüssten. Im „Fall der Fälle“ führt das zu Unsicherheit und leerem Aktivismus, der keinen der Beteiligten weiterbringt.

Obdachlosigkeit wird einer Gemeinde üblicherweise auf folgenden Wegen bekannt:

- Eine Person taucht bei der Gemeindeverwaltung auf und erklärt sinngemäß, sie sei obdachlos. Typisch ist dabei die Formulierung: „Ich habe keine Wohnung (mehr).“
- Die Gemeinde erhält von Dritten (Polizei, Gerichtsvollzieher, Nachbarn usw.) den Hinweis, dass jemand auf der Straße stehe.

In beiden Fällen gilt:

- Führen Sie sofort ein Gespräch mit dem Betroffenen!
- Wenn der Hinweis von einem Dritten gekommen ist, bitten Sie den Betroffenen in die Dienststelle zu kommen (ein erfahrungsgemäß unsicherer Weg!) oder fahren Sie sofort zu ihm hin (das ist erfahrungsgemäß erfolgreicher und daher zu bevorzugen!).
- Wenn die Einschaltung einer Fachstelle zur Vermeidung von Obdachlosigkeit (→ siehe dazu [Teil 3.3](#)) möglich ist, sorgen Sie dafür, dass der Betroffene diese Fachstelle aufsucht!

Ein sofortiges Tätigwerden ist im Augenblick oft unangenehm und macht Arbeit, spart aber später fast immer Kosten und Mühe. Oft lässt sich durch ein rasches Eingreifen gerade noch vermeiden, dass eine drohende Obdachlosigkeit tatsächlich eintritt.

Denken Sie daran: Die Zeit arbeitet in solchen Fällen gegen Sie! „Aussitzen“ führt fast nie zu einer Lösung! Und wenn das „Aussitzen“ misslingt, müssen Sie sich unter hohem Zeitdruck doch noch um alles kümmern!